RAUMDIALOG

Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich

Nr. 4/2016

Wechselwirkung zwischen Stadt und Umland:
Warum Österreich eine Stadtregionspolitik gut tut.
Seite 6

„Zimmer frei! Regionen zwischen Tourismus und Leerstand" –
fünfte Leerstandskonferenz in St. Corona am Wechsel.
Seite 14

CentropeMAP 2.0:
Seite 21

Von scheinbaren Gegensätzen zu untrennbarem Miteinander.

Stadt und Umland

aktuell: Baulandumlegung in Tirol: Seite 18
Erfahrungen eines örtlichen Raumplaners.

Foto: www.shutterstock.com

Foto: www.shutterstock.com

Inhalt

IMPRESSUM RAUMDIALOG:
Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich.

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER:
Amt der NÖ Landesregierung,
Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr –
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

REDAKTION:
Gilbert Pomaroli, Christina Ruland
Amt der NÖ Landesregierung,
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten,
Tel.: 02742 / 9005 / 14128
E-Mail: christina.ruland@noel.gv.at
Redaktionelle Mitarbeit:
Dominik Dittrich (Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik)

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge zu überarbeiten und zu kürzen.

ABBILDUNGEN:
Alle Fotos, die nicht extra gekennzeichnet sind, stammen aus unserem Archiv.

GRAFISCHE KONZEPTION UND UMSETZUNG:
www.horvath.co.at

ÜBERSETZUNGEN:
Mandana Taban, www.translatingfilms.at

DRUCK:
Ferdinand Berger & Söhne Ges.m.b.H., 3580 Horn

ABONNEMENTS UND EINZELBESTELLUNG:
Die Zeitschrift „Raumdialog" wird kostenlos abgegeben.
Abonnements und Einzelbestellungen richten Sie bitte an die Redaktionsleitung
Tel.: 02742 / 9005 / 14128
Fax: 02742 / 9005 / 14170
E-Mail: christina.ruland@noel.gv.at

VERLAGS- UND ERSCHEINUNGSORT:
St. Pölten

OFFENLEGUNG LAUT § 25 MEDIENGESETZ:
Medieninhaber: Amt der NÖ Landesregierung, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik, Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

ERKLÄRUNG DER GRUNDLEGENDEN RICHTUNG DER ZEITSCHRIFT:
Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „Raumdialog" informiert über den Stand und die Entwicklung der Ordnung und Gestaltung der räumlichen Umwelt in Niederösterreich.

Thema: Stadt und Umland

Stadt und Umland:
Raum gemeinsamer Herausforderungen –
Raum gemeinsamer Lösungen. 4

Wechselwirkung zwischen Stadt und Umland:
Warum Österreich eine Stadtregionspolitik gut tut. 6

Zu Gast im „Ländle":
Stadtregionstag in Bregenz. 8

SUM-Exkursion 2016:
Stadtregionen Zürich und Vorarlberger Rheintal. 10

Regionale Leitplanung Mödling:
Schärfen des Blicks in die Zukunft. 12

Dialog national

„Zimmer frei! Regionen zwischen Tourismus und Leerstand" –
Leerstandskonferenz in St. Corona am Wechsel. 14

Dialog lokal

Beitrag zur geordneten und bodensparenden Landesentwicklung:
Baulandumlegungsverfahren in Tirol. 16

Baulandumlegung in Tirol:
Erfahrungen eines örtlichen Raumplaners. 18

Dialog international

CentropeMAP 2.0:
Grenzüberschreitende Datenbank – harmonisierte Gemeindedaten. 21

Zusammenfassung

English Summary 23
Der eilige Leser 24

Vorwort

Stadt und Umland: von scheinbaren Gegensätzen zu untrennbarem Miteinander.

Über Jahrzehnte haben „Stadt" und „Land" gegensätzliche Lebensprinzipien repräsentiert und sind damit den unterschiedlichen Lebensentwürfen ihrer jeweiligen Bevölkerung gerecht geworden. Dann haben Wanderungsströme – zunächst vom Land in die Stadt, dann wieder von der Stadt zurück auf's Land, dann wieder in die Stadt und so fort – gezeigt, dass sich die Bedürfnisse der Menschen und ihre Ansprüche an den jeweiligen Lebensraum verändern. Ein genauerer Blick hinter die Kulissen der Wanderungsströme zwischen Stadt und Land hat schließlich zu Tage gebracht, dass für eine Bevölkerungsgruppe die (Aus)Bildungsmöglichkeiten der Anreiz zum Umzug waren, für eine andere Gruppe das Arbeitsplatzangebot und für die nächste das Bedürfnis nach Natur und Erholung. Die Grenze zwischen Stadt und Land war somit stets auch eine Grenze unterschiedlicher Lebensansprüche und Lebenswirklichkeiten.

Im Laufe der Zeit hat sich aber ein interessantes Phänomen eingestellt: Je nach individuellem Bedürfnis wohnen Menschen auf dem Land und arbeiten in der Stadt – oder umgekehrt. So haben sie für ihren eigenen Bedarf begonnen, den städtischen und den ländlichen Lebensraum zu kombinieren und zu verbinden. Politik und Planung müssen auf diesen Trend reagieren, gerade in den Stadtregionen, die aus den scheinbar gegensätzlichen Prinzipien von Stadt und Umland eine Gesamtheit von Kombinationsmöglichkeiten – und damit einen vielfältigeren Lebensraum – machen.

In der Stadtregion Wien stehen wir – als Kooperation zweier Bundesländer – wohl vor speziellen Herausforderungen, die wir mit Blick auf das Wohl der Bevölkerung mit Herz und Verstand bewältigen müssen.

Ihr

Erwin Pröll/Landeshauptmann von Niederösterreich

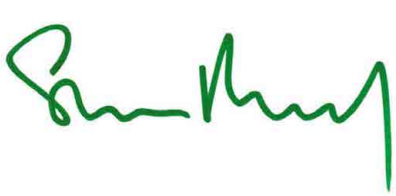
Abgestimmte Planung – Patentrezept für die Agglomeration „Stadt und Umland".

Flächen sparen, Ressourcen schonen, Angebote vernetzen – diese Grundsätze sind wichtiger denn je und spielen gerade in der Raumplanung eine dominierende Rolle. Die Raumplanung ist schließlich jene Instanz, die über die Verwendung des Bodens wachen soll. In der jüngeren Vergangenheit hat sich herausgestellt, dass zur Verfolgung dieser Zielsetzungen ganz besonders Kooperationen zwischen Gebietskörperschaften von unterschiedlicher Ausprägung erforderlich sind – vor allem, wenn diese Gebietskörperschaften von sehr unterschiedlichem Charakter sind und somit gänzlich verschiedene Entwicklungspfade durchlaufen. „Abgestimmte Planung" lautet daher das Gebot der Stunde.

Abgestimmte Planung bedeutet, dass in unterschiedlichen Politikfeldern die Ziele und Möglichkeiten miteinander abgeglichen werden. Insbesondere geht es darum, Lebensräume – seien es Gemeinden im Ländlichen Raum oder Städte und ihr Umland – zu vernetzen. So schaffen wir es letztlich, die Nutzung unseres Bodens für Besiedlung, Arbeit und Wirtschaft, Versorgung mit Lebensmitteln, aber auch für Freizeit und Erholung in Bahnen zu lenken sowie auf raumverträgliche Maße zu beschränken – und dennoch den Bedürfnissen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen gerecht zu werden.

Die Kooperation von Stadt und Umland hat sich bewährt, wenn es darum geht, Ansprüche und Möglichkeiten für beide Lebensräume zu koordinieren. In Niederösterreich stehen einander der große Agglomerationsraum um Wien und mittlere bzw. kleine Stadt-Umland-Bereiche – um St. Pölten, Wiener Neustadt bzw. Ternitz – gegenüber, was die Komplexität des Themas sowie der Herausforderungen erklärt und abgestimmte Planung zu einer besonderen Aufgabe macht.

Ihr



Stephan Pernkopf/Landesrat für Umwelt, Landwirtschaft und Energie

Ilse Wollansky / Leiterin der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik

Stadt und Umland:

Raum gemeinsamer Herausforderungen – Raum gemeinsamer Lösungen.

Um auf verschiedene, in immer kürzeren Intervallen auftretende Problemlagen situationsbezogen reagieren zu können, arbeitet das Land Niederösterreich stetig an einer stärkeren räumlichen Ausdifferenzierung des Raumordnungsinstrumentariums. Eine wesentliche Herausforderung dabei ist, dass „Stadt" und „Umland" als eigene Raumkategorien immer weniger voneinander unterscheidbar sind. Damit keine Nachteile für die beiden „Räume" entstehen, sind aufeinander abgestimmte und zielgerichtete Entwicklungsstrategien notwendig.

Städte und die sie umgebenden Regionen („Stadtregionen") nehmen nicht nur im räumlichen Gefüge Österreichs, sondern auch innerhalb des Bundeslandes Niederösterreich eine wichtige Stellung ein. So lebt ein Großteil der Bevölkerung hier oder die Mehrheit der Erwerbstätigen arbeitet dort. In wirtschaftlicher Hinsicht sind sie somit von enormer Bedeutung, vor allem raum- und verkehrsplanerisch ergeben sich besondere Problemlagen und Fragestellungen. Die Konkurrenz um Infrastruktur, EinwohnerInnen oder Arbeitsplätze ist häufig stark ausgeprägt, und aufgrund der oftmals besseren finanziellen Ausgangslage besteht kein bzw. wenig(er) Druck für ein kooperatives Vorgehen zu unterschiedlichen Fragestellungen im Vergleich zu den ländlich geprägten Räumen. Dies gilt nicht nur für die sehr große Stadtregion Wien, in der rund 2,7 Millionen EinwohnerInnen leben, sondern auch für die weiteren, wesentlich kleineren niederösterreichischen Stadtregionen. Lösungen im Umgang mit Problemen und Herausforderungen können stets nur gemeinsam – von Stadt und Land – gefunden werden.

Foto: www.shutterstock.com

Entwicklungsraum zwischen Bundesländern. Die Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich in Raumordnungsfragen ganz allgemein und in stadtregionalen Fragen ganz besonders besteht seit vielen Jahren. So geht auch die Planungsgemeinschaft Ost (PGO) als gemeinsame Einrichtung der Bundesländer Wien, Burgenland und Niederösterreich bereits auf das Jahr 1978 zurück. 2006 wurde schließlich das Stadtumland-Management Wien-Niederösterreich (SUM) gegründet. Die in bzw. über diese Ebenen abgestimmten Fragestellungen und Projekte sind überaus vielfältig. So nimmt etwa der Biosphärenpark Wienerwald einen besonderen Stellenwert in der Kooperation zwischen Wien und Niederösterreich ein. Er geht

Foto: www.shutterstock.com

Besondere Sichtweise der Stadtregion: Stadt und Umland als Einheit wahrnehmen.

auf das Jahr 2005 zurück und setzt sich mit der Gestaltung eines besonders sensiblen Teils der Stadtregion auseinander.

Über die PGO hat sich in den letzten Jahren auch die Zusammenarbeit in räumlichen Fragen intensiviert, etwa im Projekt „Strategien zur räumlichen Entwicklung in der Ostregion (Stadtregion+)", bei dem es aktuell zwei interessante Entwicklungen gibt. Einerseits wird gerade an einem stadtregionalen Monitoring gearbeitet, das der zentralen Frage „Hat sich die Stadtregion in den letzten Jahren so entwickelt wie vermutet? Und wenn nicht, welche Strategien der Raumordnung müssen verändert bzw. angepasst werden?" nachgeht. Andererseits widmen sich die drei Bundesländer gerade dem Wirtschaftsstandort Ostregion als besonders herausforderndem Thema. Dafür wurde bereits eine Wirtschaftsanalyse für den Gesamtraum erarbeitet. Der Endbericht wartet mit einem umfangreichen Analyseteil und entsprechenden strategischen, teilweise bundesländerübergreifenden Empfehlungen auf. Gleichzeitig ist eine Plattform zum Austausch zwischen den Wirtschaftsagenturen sowie den Wirtschafts- und Raumordnungsabteilungen der drei Länder im Aufbau.

Entwicklungsraum zwischen Teilregionen. Bei den kleinstädtisch geprägten Stadtregionen rund um die Bezirkshauptstädte in Niederösterreich gibt es vereinzelt Initiativen zu unterschiedlichen Fragestellungen. Ganz grundsätzlich lässt sich festhalten, dass Fragen der räumlichen Entwicklung in diesen Städten sowohl in den Hauptregionsstrategien 2024, als auch in ausgewählten kleinregionalen Strategien thematisiert werden.

So läuft etwa – koordiniert von SUM – im Bereich der Bundesstraße B8 östlich der Bundeshauptstadt seit geraumer Zeit ein Abstimmungsprozess zwischen der Wirtschaftsagentur ecoplus, den Abteilungen Raumordnung und Regionalpolitik sowie Gesamtverkehrsangelegenheiten, der NÖ.Regional.GmbH und elf ausgewählten Gemeinden der Region. Der Prozess soll in eine konkrete Standortkooperation bestehender Industriegebiete und in Folge dessen auch der Neuwidmungen im westlichen Teil des Marchfeldes münden.

Weiters wurde – aufbauend auf den Erfahrungen im Nordraum Wien entlang der Verkehrsachsen A5/A22/S1 – der Prozess der „Regionalen Leitplanung" auch im Bezirk Mödling angewandt und weiterentwickelt. Diese Form des Dialogprozesses führt bestehende Instrumente wie Regionale Raumordnungsprogramme und Kleinregionale Rahmenkonzepte zusammen. Ziel ist Planung auf Augenhöhe, bei der Land, Region und Gemeinden gleichberechtigte Partner sind. Der gemeinsame Leitplan für den Bezirk beschäftigt sich inhaltlich mit folgenden Themen: Siedlungs- und Standortentwicklung, Baukultur, Landschaft, Freiraum, Wasserwirtschaft, Verkehr und Mobilität sowie den Kooperationsstrukturen. Besonders bemerkenswert ist der hohe Stellenwert des Themas Kooperation, das sowohl in Richtung der bezirksinternen Zusammenarbeit, als auch bezirks- und länderübergreifend (mit Wien) aufgegriffen wird. Der Prozess im Bezirk Mödling wurde im Sommer 2016 abgeschlossen, ein Großteil der Gemeinden hat den Leitplan auch bereits in den Gemeinderäten beschlossen.

Das Wissen um die Bedeutung der Stadtregionen ist in Niederösterreich also vorhanden. Für die Weiterentwicklung des Themas in Niederösterreich kann die ÖREK-Partnerschaft „Stadtregionen" wertvolle Hinweise liefern, die auch eine wesentliche Basis für eine weitere intensive Bearbeitung des Themas im Land Niederösterreich ist – einerseits über die Fachabteilung Raumordnung und Regionalpolitik, andererseits über die Planungsgemeinschaft Ost gemeinsam mit Wien und dem Burgenland.

Tipp:
www.planungsgemeinschaft-ost.at
www.stadt-umland.at

Melanie Lutz / Österreichischer Städtebund

Wechselwirkung zwischen Stadt und Umland:

Warum Österreich eine Stadtregionspolitik gut tut.

Städte wie Wien, Graz oder Bregenz – aber auch zahlreiche andere österreichische Städte – haben eine gemeinsame Herausforderung: Sie wachsen stark, und das Umland wächst mit. In ganz Europa wird auf die zunehmende Attraktivität städtischer Räume bereits mit neuen Konzepten und Strukturreformen intensiv reagiert. Aber auch in weniger dynamischen Räumen ist es für etablierte Städte sinnvoll, Entwicklungsziele und Handlungsstrategien mit den Umlandgemeinden abzustimmen und gemeinsam zu wachsen. Das Modell der Zukunft heißt daher: Stadtregion.

Stadtregionen sind die Lebensrealität eines Großteils der österreichischen Bevölkerung: Vielfältige grenzüberschreitende Aktivitäten bestimmen den Alltag der Menschen in den urban geprägten Räumen und sollen möglichst reibungslos abgewickelt werden können. Städte wirken aufgrund der räumlichen Nähe von Bildungs- und Wirtschaftseinrichtungen sowie wegen der Diversität ihrer Bevölkerung als Motoren und Inkubatoren der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung. Und auch das Umland profitiert in erster Konsequenz von diesem wiedergewonnenen Zustrom in urbane Räume.

Gemeinsamen Mehrwert bewusst machen. Den Mehrwert stadtregionaler Kooperation stärker im Bewusstsein, im Planungsalltag und vor allem in der Politik zu verankern, war daher ein großes Anliegen des Österreichischen Städtebundes bei der Erarbeitung des aktuellen Österreichischen Raumentwicklungskonzepts 2011 (ÖREK). In der Folge übernahm der Österreichische Städtebund ab 2012 den Vorsitz über die ÖREK-Partnerschaft „Kooperationsplattform Stadtregion".[1] Diese setzte sich zum Ziel, einen koordinierten regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen allen interessierten AkteurInnen in den österreichischen Stadtregionen aufzubauen, um gemeinsam über verschiedene Fragen und Problemstellungen zu diskutieren. In den vergangenen Jahren wurden in diesem Zusammenhang insgesamt vier Stadtregionstage ausgerichtet, mehrere Studien und Publikationen erarbeitet und von der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) veröffentlicht sowie eine Website ins Leben gerufen, die Informationen zu den österreichischen Stadtregionen bündelt (www.stadtregionen.at).

Gemeinsame Herausforderungen bewusst machen. Beim „3. Stadtregionstag" im November 2015 in Wien wurde mit der „Agenda Stadtregionen in Österreich" eine Handlungsbasis für eine österreichische Stadtregions- und Agglomerationspolitik vorgestellt. Dadurch ist ein gemeinsames Verständnis für Stadtregionen sichtbar geworden: Stadt und Land sind nicht als Gegensätze zu verstehen, sondern als sich ergänzende und eng verflochtene Teile eines vielfältigen Österreichs. Vielerorts verlagern steigende Grundstückspreise und ein sich verknappendes Flächenangebot in den Kernzonen von Stadtregionen den Druck auf das Umland, das kräftig mitwächst. Die Menschen wollen mobil sein, und so schlagen sich die vielfältigen Wege der ansässigen und einpendelnden Bevölkerung als dichtes Verkehrsnetz nieder. Rund um die Städte sind so eng verzahnte Räume entstanden, in denen sich täglich zigtausende Menschen fortbewegen, und zwar über – und das ist die Herausforderung – Stadt-, Gemeinde- und Bundeslandgrenzen hinweg, teilweise sogar über

1) Die Bundesländer Steiermark, Oberösterreich, Niederösterreich, das Bundeskanzleramt, einige Stadt-Umland- und Regionalmanagements sowie der Österreichische Gemeindebund waren gemeinsam mit dem Österreichischen Städtebund ständige PartnerInnen in der „Kooperationsplattform Stadtregion". Darüber hinaus waren die Städte Salzburg, Graz, Lienz und Wien sowie Ternitz in der Partnerschaft aktiv. Weiters haben sich unter anderem Vorarlberg oder die Wirtschaftskammer Österreich eingebracht.

Foto: Österreichischer Städtebund

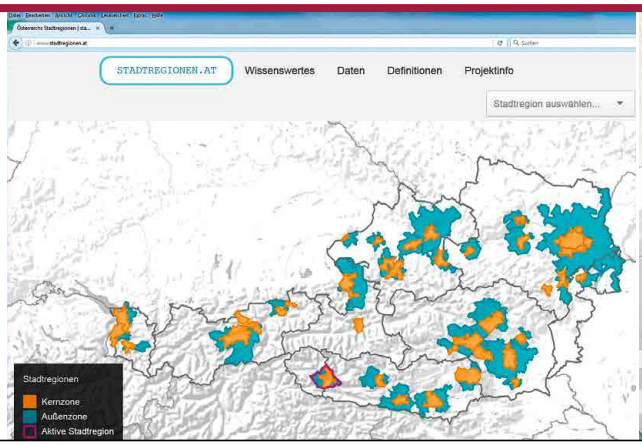


Foto: Österreichischer Städtebund

Mobiler Workshop in der Stadtregion: gemeinsam Besonderheiten und Potentiale erkennen.

die Staatsgrenze. Allein die Aufrechterhaltung eines leistungsfähigen öffentlichen Verkehrs erfordert einen ständigen, intensiven Abstimmungsprozess aller ExpertInnen und EntscheidungsträgerInnen. Dies wird umso deutlicher, wenn man die prognostizierten Wachstumsraten in diesem Bereich betrachtet: Während etwa die Bevölkerung von Wien und Graz im Zeitraum 2003 – 2013 um ca. 10 % angewachsen ist, soll die Zahl der EinpendlerInnen in beiden Städten bis 2025 um 50 % ansteigen. Hier muss rechtzeitig gehandelt werden! Und es passiert bereits: Auf Initiative des Städtebundes berät seit 2015 eine Arbeitsgruppe aus Bund und Ländern gemeinsam mit Städtebund und Städten eine bessere Organisation des stadtregionalen Verkehrs, um die wachsenden Ansprüche den bisherigen, gewachsenen Strukturen gegenüberzustellen und zeitgerecht Verbesserungen umzusetzen.

Gemeinsame Handlungsräume bewusst machen.

Die Berücksichtigung von Stadtregionen als eigene Handlungsräume soll daher in Zukunft Standard einer aktiven Planung auch auf Bundes- und Landesebene sein. Einzelne Bundesländer haben bereits damit begonnen, Stadtregionen als Planungs- und Handlungsräume im Rahmen der Überarbeitungen von Landesplanungsinstrumenten aktiv in den Fokus zu nehmen. Best Practice-Beispiele finden sich vor allem in Vorarlberg mit Regionalplanungsgemeinschaften wie der vor mehr als 45 Jahren gegründeten REGIO Bregenzerwald oder mit Projekten wie der „Vision Rheintal".

Mit dem Jahr 2016 wird auch die formale Partnerschaft „Kooperationsplattform Stadtregion" im Rahmen der ÖROK zu Ende gehen. Als finales Dokument soll Anfang 2017 die ÖROK-Empfehlung Nr. 55 „Für eine Stadtregionspolitik in Österreich" auf politischer Ebene zur Beschlussfassung gelangen. Dennoch wird stadtregionale Kooperation aufgrund der grenzüberschreitenden Zuständigkeiten ein schwieriges Thema bleiben, insbesondere wenn es um die Umsetzung geht. Hier bedarf es weiterhin einer Bewusstseinskampagne zu den Vorteilen gemeinsamer Planungen und Projekte über 2016 hinaus, und auch die Kooperationsplattform sollte danach weitergeführt werden. Als Dreh- und Angelpunkte werden dabei die weiteren Stadtregionstage wirken, die jeweils ein Bundesland mit einer österreichischen Stadtregion beleuchten sollen.

Quelle: ÖROK – eigene Darstellung (Inhalte: TU Wien)

Tipp:
www.stadtregionen.at

Eliette Felkel / Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK)

Zu Gast im „Ländle“:

Stadtregionstag in Bregenz.

Festspielhaus Bregenz

Foto: Ryszard Filipowicz|shutterstock.com

Am 13. Oktober 2016 führte der vierte Stadtregionstag die TeilnehmerInnen unter dem Motto „Erfolgsmodell Stadtregion – den Lebensraum gemeinsam gestalten!“ ins Festspielhaus nach Bregenz und mit Vorarlberg in ein Bundesland, das mit Kooperationen wie „Vision Rheintal“ und der „Region Vorderland-Feldkirch“ immer wieder als Good-Practice-Beispiel für Zusammenarbeit in Agglomerationsräumen genannt wird.

Foto: www.shutterstock.com

Beim Eröffnungsgespräch mit politischen VertreterInnen von Landes-, Gemeinde- und Regionsebene wurde einhellig betont, dass in dieser Region der Bodensee eine „Klammer“ bildet und Kooperation bereits seit langer Zeit groß geschrieben wird – über die Staatsgrenzen hinweg, aber auch innerhalb Vorarlbergs.

Miteinander leben: vom Wohnen zur Kultur. In Vorarlberg dominiert wirtschaftlich der Agglomerationsraum Rheintal, aber es gilt der Grundsatz, dass alle Regionen und Gemeinden für die Bevölkerung attraktiv sein sollen – was insbesondere eine gute Erschließung mit dem öffentlichen Verkehr erfordert. Als weitere Herausforderung, die nur gemeinsam bewältigt werden kann, wird die Gewährleistung von genügend leistbarem Wohnraum gesehen. Die Region der „Vision Rheintal“ ist hier ein Vorreiter: Bereits im Jahr 2013 wurde im Rahmen der Rheintalkonferenz die „Vereinbarung Gemeinnütziger Wohnbau" von den 29 Gemeinden des Rheintals gemeinsam mit dem Land Vorarlberg beschlossen. Innerhalb dieses Sieben-Punkte-Programms geht es darum, das Angebot an gefördertem Wohnbau regional abzustimmen und die Zusammenarbeit zu stärken.

Als ein weiteres großes Vorhaben der Region wurde die Bewerbung als „Kulturhauptstadt-Region 2024“ hervorgehoben: Die Städte Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Hohenems sowie die REGIO Bregenzerwald wollen im Rahmen dieses Projekts – in Abstimmung mit Süddeutschland und der Ost-

Foto: Österreichischer Städtebund

Foto: Österreichischer Städtebund

schweiz – nicht nur der Frage nachgehen, wie die Menschen in 20 Jahren in der Region gut zusammenleben können – sondern auch Antworten finden.

Miteinander arbeiten: vom Planen zur Verbindlichkeit. Bereits der Weg zur Bewerbung hin wird von allen Beteiligten als gelungene Kooperation erachtet – egal, ob der Idee letztendlich der Zuschlag erteilt wird oder nicht. Es ist heute schon bemerkbar, dass es mit dem Thema der „Kulturhauptstadt" erstmals wirklich gelungen ist, auch die Bevölkerung zu erreichen und „Stadtregionale Kooperation" für diese greifbar zu machen. Man habe damit endlich „Kopf und Bauch der Menschen erreicht" berichtete der Bregenzer Bürgermeister Markus Linhart zu ersten Erfolgen, und auch die Dornbirner Bürgermeisterin Andrea Kaufmann bestätigte den extremen Mehrwert eines solchen „Labels". Gleichzeitig wird aber betont, dass es ohne Verbindlichkeit in stadtregionalen Kooperationen auf Dauer kein Weiterkommen geben wird und man sich auch für die Region der „Vision Rheintal" dorthin wagen wird müssen. Dass sich dieses Wagnis jedenfalls lohnen wird, bestätigte Bürgermeister Guido Flatz (Gemeinde Doren), der mit der REGIO Bregenzerwald Obmann einer ländlichen Region im Umfeld eines urbanen Agglomerationsraumes ist. Gemeinsam sei man schon lange zu der Erkenntnis gekommen: „Wenn es dem Nachbarn gut geht, geht es auch mir gut."

Miteinander erleben: Stadt-Land-Fluss. Bei „Mobilen Workshops" konnten die TeilnehmerInnen Erfahrungen mit dem gut ausgebauten öffentlichen Verkehrssystem in Vorarlberg machen, die Region vor Ort erleben und im Austausch mit politischen EntscheidungsträgerInnen sowie FachexpertInnen die Kernpunkte der Kooperationen diskutieren.

- Thema STADT: Bürgermeisterin Andrea Kaufmann verwies in Dornbirn insbesondere auf die Kooperation von 21 Gemeinden in der Region, die über einen Gemeindeverband den „Landbus" bestellen, der in die Region fährt. Permanent ist man dabei bemüht, die Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln und an neue Gegebenheiten anzupassen. In der Stadt selbst wird die Verschränkung von Stadt- und Verkehrsplanung großgeschrieben.
- Thema LAND: Die Gemeinde Bildstein liegt an der Grenze zwischen dem Rheintal und dem Bregenzerwald. Kooperation ist notwendig, um als Kleingemeinde „überleben" und alle Funktionen erfüllen zu können. Bürgermeisterin Judith Schilling-Grabher hob als ein wichtiges Element die Verwaltungsgemeinschaft mit Wolfurt hervor, im Rahmen derer Wolfurt die gesamte Finanzverwaltung für Bildstein übernommen hat, womit sich für beide Partner Synergieeffekte ergeben. Derzeit ist man auf der Suche nach einem dritten Partner, um für die Zusammenarbeit Landesförderungen in Anspruch nehmen zu können.
- Thema FLUSS: Lustenau ist gekennzeichnet durch die Lage am Rhein und die Grenze zur Schweiz. Die grenzüberschreitende Kooperation hat bereits jahrzehntelange Tradition, mit dem Projekt „RHESI – Rhein, Erholung, Sicherheit", wird seit 2012 ein weiterer Schritt gesetzt. Neben dem Aspekt des Hochwasserschutzes für die Siedlungsräume macht die Neugestaltung der Überflutungsbereiche zu Naherholungszonen entlang des Rheins den bisherigen Grenzraum als verbindendes Element erlebbar. Hat man bisher dem Rhein den Rücken zugekehrt, wird dieser nun als interessanter Wohnstandort mit Blick auf Wasser und Natur erkannt, berichtete Bürgermeister Kurt Fischer.

Bei einem abschließenden Austausch zu den Erlebnissen der mobilen Workshops wurden insbesondere die Bedeutung der Unterstützung durch Landesseite, gegenseitiges Vertrauen, das gemeinsame Bestreben nach dem besten Ergebnis sowie das große Engagement der einzelnen AkteurInnen als stark wahrnehmbare Komponenten erfolgreicher Kooperation hervorgehoben. Die nächste Gelegenheit zum gemeinsamen Austausch wird es Ende September 2017 beim „5. Stadtregionstag" in der Stadt Lienz geben.

Renate Zuckerstätter-Semela / Stadt-Umland-Management Wien / Niederösterreich

Foto: www.shutterstock.com

SUM-Exkursion 2016:

Stadtregionen Zürich und Vorarlberger Rheintal.

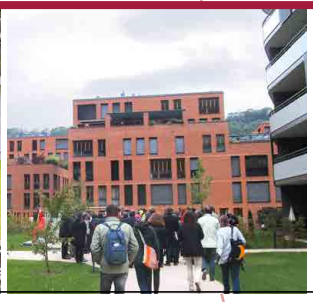
Was haben der Großraum Zürich, das Rheintal in Vorarlberg und die Stadtregion Wien / Niederösterreich gemeinsam? Sie wachsen rasch, die Immobilienpreise klettern in die Höhe, und die Gemeindegrenzen sind oft genug in der gebauten Umwelt längst nicht mehr erkennbar. Kreuz und quer leben die Menschen ihren Alltag in der Stadtregion, und die Politik ist gefordert, sich über diese Grenzen hinweg miteinander abzustimmen. Ähnliche Notwendigkeiten – unterschiedliche Lösungsansätze: Da gibt es viel voneinander zu lernen.

Foto: www.shutterstock.com

Foto: milosk50|shutterstock.com

Das Stadt-Umland-Management (SUM) Wien / NÖ organisierte dazu eine Exkursion in den äußersten Westen Österreichs und in die benachbarte Schweiz. Wie zufällig ergab sich dabei der Besuch des 4. Österreichischen Stadtregionstags in Bregenz. Die „SUM-Exkursion" ist ein bewährtes Instrument zur Vernetzung der Stadt Wien mit ihren Umlandgemeinden bzw. mit dem Land Niederösterreich. Frei nach dem Motto der Vorarlberger „Region Vorderland-Feldkirch" – „Vom Nicht-Wissen zum Wissen und vom Wissen zum Tun" – verknüpft die SUM-Exkursion spannende und lebensnahe Informationen an besonderen Orten mit dem intensiven Austausch zwischen den 30 Delegationsmitgliedern aus Wien und Niederösterreich.

Miteinander lernen – miteinander handeln. BürgermeisterInnen von Umlandgemeinden, Abgeordnete aus Wien und Niederösterreich, Führungskräfte der Planungsabteilungen der Stadt Wien und des Landes NÖ, der Wirtschaftsagentur ecoplus und des Verkehrsverbundes Ostregion sowie MitarbeiterInnen von Umlandgemeinden nutzten die Gelegenheit zum Dialog mit AmtskollegInnen vor Ort, zur Vertrauensbildung in der Gruppe und zum Einblick in Lösungsstrategien der Stadtregionen Zürich und Rheintal. Neben dem prozessorientierten Schwerpunkt des „Wie tun wir miteinander in der Stadtregion?" stand das Thema „verträgliche Verdichtung im Umkreis von Bahnhöfen und hochrangigen Haltestellen" im Blick.



Fotos: SUM – Andreas Hacker

Tag 1: Stadtregion Zürich. Seit dem Jahr 2010 fährt die „Glattalbahn" vom Flughafen Kloten zum Hauptbahnhof Zürich und verbindet als Regionalstraßenbahn entlang einer Tangente mehrere Umlandgemeinden mit der Kernstadt. Die Glattalbahn ist ein Schlüsselprojekt der Agglomeration Zürich (www.afv.zh.ch/aggloprogramm) und Auslöser für städtebauliche bzw. raumgestaltende Impulse: Im Glatttal wächst die Stadtregion Zürich am schnellsten. Die konsequente städtebauliche Entwicklung und Verdichtung beruht auf städtebaulichen Masterplänen, als Überbau dient die „Vision Glattalstadt 2060".

Rainer Klostermann, Koordinator der „Gestaltung Glattalbahn", führte uns durch das 72 ha umfassende an der Glattalbahn im Dorf Wallisellen gelegene „Richti-Areal", das – trotz seiner Lage zwischen Autobahn, Geleisen und dem größten Einkaufzentrum der Schweiz – mit konsequenter Blockrandbebauung in den letzten Jahren zu einem Quartier ausgebaut wurde und städtischer wirkt als viele Quartiere in der Stadt Zürich selbst. Auch der Rundgang im „Hunziker-Areal" mit Kornelia Gysel vom Planungsbüro „futurafrosch" beeindruckte angesichts der innovativen Herangehensweise an Städtebau und Planung: Auf einer 40ha umfassenden ehemaligen Industriebrache ist ein Stadtteil entstanden, der innovative Lebensweisen zulässt und den Weg hin zu einer 2 000-Watt-Gesellschaft vorexerziert. Marc Zaugg erklärte schließlich die „RZU Regionalplanung Zürich Umgebung", den Planungs-Dachverband der Stadtregion Zürich, in dem der Kanton, die Stadt Zürich und sechs angrenzende Planungsverbände der Umlandgemeinden zusammenarbeiten. Die RZU ist Kompetenzzentrum für Fragen der räumlichen Entwicklung, erarbeitet das Leitbild für den Ballungsraum Zürich und fördert im Rahmen einer „Werkstatt zur Regionalplanung" die gesamträumliche Betrachtungsweise.

Tag 2: Österreichischer Stadtregionstag in Bregenz. Beim 4. Österreichischen Stadtregionstag nutzte unsere Reisegruppe die Gelegenheit zum Austausch mit VertreterInnen anderer österreichischer Stadtregionen. Die mobilen Exkursionen gaben interessante Einblicke in regionale Strategien und spannende Projekte.

Tag 3: Vorarlberger Rheintal von Feldkirch bis Lauterach. Auch auf dem Weg nach Feldkirch sowie der Weiterfahrt bis Lauterach konnten wir uns von der Qualität der Umsetzung der ÖBB-Nahverkehrsprojekte „S-Bahn in Vorarlberg" und „Rheintalkonzept" überzeugen: Ein 15-Minuten-Takt auf den Hauptachsen in der Spitzenzeit und ein durchgängiger Halbstundentakt in den übrigen Zeiten sowie auf Nebenlinien sind ebenso Ziel, wie der konsequente Umbau der Haltestellen und Bahnhöfe zu modernen, barrierefreien Mobilitätsdrehscheiben. Die Aufwertung der Achse Bahnhof–Innenstadt auf Grundlage eines städtebaulichen Rahmenplans und städtebaulicher Wettbewerbe ist ein wesentlicher Schwerpunkt der Stadtentwicklung. Im Rathaus von Feldkirch stellte Christoph Kirchengast, Regionalmanager der Region Vorderland-Feldkirch, die (Stadt)Regionalen Kooperationen der polyzentrischen Stadtregion Rheintal vor. Ob in der „Vision Rheintal", in der Zusammenarbeit mit den Nachbarn Schweiz und Liechtenstein oder in kleinregionalen Zusammenschlüssen wie „Region Vorderland-Feldkirch", „Regio Im Walgau" oder „REGIO Bregenzerwald": (Stadt)regionale Kooperation ist in Vorarlberg schon lange auf der politischen Agenda und Teil der gelebten politischen Kultur. Die Gemeinde Lauterach schließlich hat die Modernisierung des Bahnhofs zum Anlass für eine gesamtheitliche Weiterentwicklung des Bahnhofsumfeldes und anderer durchmischter Quartiere im Gemeindegebiet genommen. Das multimodale Mobilitätsangebot, die ansprechende Neugestaltung des öffentlichen Raums und die maßvolle Verdichtung beeindrucken ebenso, wie der Neubau einer neuartigen, rein ebenerdigen Volksschule.

Fragestellungen und Herausforderungen der Kooperation sind offenbar in den meisten Stadtregionen die gleichen – der Umgang damit muss aber für jede Stadtregion maßgeschneidert werden. In jedem Fall braucht es Mut und Vertrauen, Pragmatismus und Konsequenz, um stadtregionale Veränderungsprozesse erfolgreich in Angriff zu nehmen. Wir haben für die Arbeit in der Stadtregion Wien / NÖ wichtige Impulse mitgenommen.

Tipp:
Weiterführende Infos:
http://www.stadt-umland.at

Stefan Klingler / Büro stadtland[1]

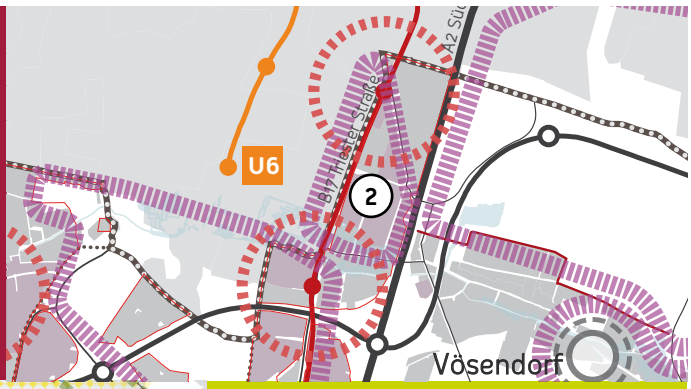
Regionale Leitplanung Mödling:

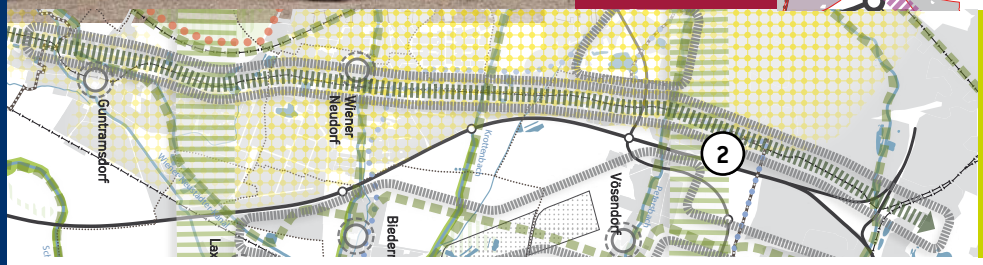
Schärfen des Blicks in die Zukunft.

Seit Herbst 2016 liegt der Regionale Leitplan für den Bezirk Mödling vor. Die vielfältigen Herausforderungen dieser Planungsregion ließen sich nicht direkt in ein regionales Handlungsrezept übersetzen. Der Arbeitsprozess mit regionaler Perspektive erlaubte jedoch – mit einer anderen Form der Auseinandersetzung – ein Erkennen neuer Möglichkeiten und eine Verständigung über gemeinsame Ziele.

(2) Zielgebiet Marktviertel Vösendorf, Triester Straße

Vösendorf
Wien: Liesing
(U6) Siebenhirten





(2) Zielgebiet „Südachse“, B17 Triesterstraße

Vösendorf, Brunn am Gebirge, Maria Enzersdorf, Wiener Neudorf, Guntramsdorf, Wien: Liesing, Traiskirchen

Bereits vor der Leitplanung lagen zahlreiche sektorale Erhebungen, Studien und Konzepte vor. Wo Probleme dies erforderten, entstanden auch Allianzen zwischen einzelnen Gemeinden. Wozu also schon wieder ein Konzept? Mit der Leitplanung konnten vorhandene Grundlagen im Sinne einer Gesamtsicht gebündelt und die wesentlichen Handlungsfelder für die Entwicklung des Bezirks benannt werden – wohlgemerkt für 20 zum Teil sehr unterschiedlich beschaffene Gemeinden: Gemeinden im Wienerwald, städtisch geprägte Gemeinden entlang der Südautobahn, Dörfer in einer weitläufigen Agrarlandschaft im Osten Niederösterreichs – Gemeinden mit unterschiedlichen Zielen, Selbstbildern und Finanzen sowie einer weit gestreuten Vielfalt an kommunalen Herausforderungen.

Verbindlichkeit durch dialog-orientiertes Planen. Mit „Regions-Expeditionen“ sowie mit „Planungs- und Perspektiven-Werkstätten“ konnten die AkteurInnen und EntscheidungsträgerInnen für regionale Fragestellungen, aber auch für Herausforderungen der anderen Gemeinden sensibilisiert werden. Regionale Leitgedanken und Strategien wurden

1) www.stadland.at

Foto: www.shutterstock.com

so Schritt für Schritt im Dialog zwischen Gemeinden und Land erarbeitet. Hilfreich war dabei die Formulierung maßgeschneiderter Thesen zur Entwicklung des Bezirks und deren räumliche Verortung in Karten. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor war auch: „Leitplanung war Chefsache". Das bedeutet, dass die kontinuierliche und intensive Teilnahme der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, der Leiterin der Planungsabteilung des Landes Niederösterreich und des Bezirkshauptmanns sowie die Würdigung des Arbeitsprozesses durch den zuständigen Landesrat der Leitplanung ein „ernsthaftes" Arbeiten mit Blick in die Zukunft ermöglichte. Über das Stadt-Umland-Management (SUM), ein wesentlicher Partner im Prozess, konnten bestehende regionale Initiativen eingebunden werden.

Foto: stadtland

Verbindlichkeit durch kooperatives Handeln. Kommunale Alleingänge, gerade wenn es um die Ansiedlung von Betrieben und sozialer Infrastruktur geht, können mit dem Beschluss des Leitplans nicht unterbunden werden. Der Prozess zur Leitplanung muss vielmehr als erster Schritt auf dem Weg zu einer langfristig wirkenden Zusammenarbeit verstanden werden. Der Strategieplan gilt dabei als grundlegendes Arbeitspapier für regionale Gremien, die sich freiwillig in die Verbindlichkeit einer Zusammenarbeit begeben.

Die Zusammenarbeit im Bezirk kann auf einer gemeinsamen Standortbestimmung, einem gemeinsamen regionalen Zukunftsbild und einem Maßnahmenkatalog aufbauen. Zudem wurde das für den Prozess eingerichtete Beschlussorgan bereits während des Prozesses als wichtige Kooperationsplattform „getestet". Die beabsichtigte Einrichtung einer Bürgermeisterkonferenz und die Aufwertung der planerischen Zusammenarbeit im Rahmen des Gemeindeverbandes eröffnet die Perspektive, gemeinsam zu entscheiden, welche Herausforderungen man angehen will bzw. kann und welche Form der Verbindlichkeit für eine Umsetzung herzustellen ist. Dabei ist es wichtig, auch kleinere Projekte und Erfolge zu würdigen, denn Kooperation ist ein Lernprozess.

Verbindlichkeit durch Instrumente und Grundlagen. Die regionale Leitplanung ist ein sehr hilfreiches Instrument zur gemeinsamen Standortbestimmung und Zieldefinition. Sie kann als Orientierungsrahmen und Motivation regionale Prozesse in Gang setzen oder ergänzen und die Strukturen für eine innerregionale Kooperation vorgeben – sie ist jedoch kein Ersatz für ordnungsplanerische Instrumente. Mit der Festlegung von regionalen Leitbildern zu den Themen Siedlung, Grün- bzw. Freiraum und Mobilität sowie mit der Ausweisung von Zielgebieten für integrierte Standortplanung kann sie aber als Brücke für weitere Schritte der Ordnungsplanung verstanden werden. Der Erfolg der Leitplanung hängt letztlich vom „Nachziehen" der gesetzlichen Grundlagen, etwa bei der Einführung von Fahrtenkontingenten oder bei der Innenentwicklung ab, ebenso aber von der weiteren Unterstützung durch das Land.

Ob die regionale Leitplanung im Bezirk Mödling erfolgreich war, wird daher vorrangig daran zu messen sein, ob die gesetzten Entwicklungsziele über die Ordnungsplanung hinaus durch Kooperation und fachliche Unterstützung tatsächlich erreicht werden. Auch dafür wird ein dialog-orientierter Prozess notwendig sein. Tatsächlich ausschlaggebend für den Erfolg ist aber vor allem, dass die Gemeinden ihrer Kooperationsbereitschaft in institutionalisierten Plattformen und Gremien nachgehen können.

Wolfgang Alfons / Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik

Foto: www.shutterstock.com

„Zimmer frei! Regionen zwischen Tourismus und Leerstand“ –

Leerstandskonferenz in St. Corona am Wechsel.

Leerstand ist oft das Ende des (Tourismus)-Lebenszyklus eines Betriebes oder sogar eines ganzen Ortes – die Gemeinde St. Corona am Wechsel kann davon selbst Lieder singen. Einst ein blühender Tourismusort, stehen heute viele Gasthäuser und Hotels leer. Auf dem Weg zur Neuerfindung rückt St. Corona nun die Familie ins Zentrum ihrer touristischen Positionierung.

Grätzlhotel

Foto: Monika Nguyen

Foto: Heidrun Henke

Foto: Monika Nguyen

Foto: Monika Nguyen

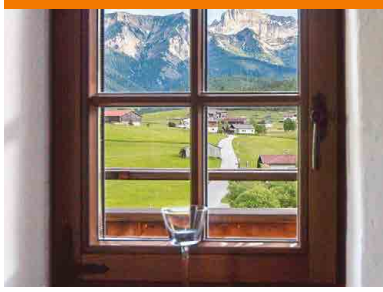
artlodge

Fotos: www.art-lodge.com

Urlaub am Bahnhof

Fotos: www.urlaubambahnhof.at

Mesnerhof-C



Fotos: www.mesnerhof-c.at

Für das Architekturbüro nonconform lag es daher nahe, die jährliche Leerstandskonferenz diesmal in St. Corona zu organisieren und gemeinsam mit Bergerlebnis Niederösterreich sowie fachlicher und monetärer Unterstützung der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik des Landes Niederösterreich zur Diskussion über Tourismus und kommunale Entwicklung zu laden.

Als Veranstaltungsort diente die kürzlich fertiggestellte Wechsel-Lounge im Zentrum der Familienarena St. Corona am Wechsel. Namhafte ReferentInnen aus dem In- und Ausland widmeten sich in spannenden Vorträgen dem Tagesthema und präsentierten vielfältige und interessante Projekte, hinter denen oft das Engagement von Privatpersonen steckt.

Erdgeschoßzone wiederbelebt. Mit dem „Grätzlhotel" setzt etwa die URBANAUTS Hospitality Group neue Maßstäbe für Individualreisen – vorerst in Wien und vielleicht auch bald in den anderen Bundesländern, wie Theresia Kohlmayr berichtete. Mit dieser Idee lassen sich zweierlei Trends gut verknüpfen. Einerseits macht sich vor allem in den Erdgeschoßzonen entstehender Leerstand bemerkbar: Während in den Haupteinkaufsstraßen dichtes Treiben herrscht, schließen in den Nebenstraßen alte kleine Läden oder Handwerksbetriebe, und die leeren Gassenlokale finden schwer neue Nutzungen. Aber in kleinen Schritten regt sich in den leer stehenden Gassenlokalen vieler Grätzl neues Leben durch junge Geschäfte, Cafés oder Kreativbüros – eine neue bunte Ökonomie abseits des großen Business. Das „Grätzlhotel" ist Teil dieser urbanen Szene und gestaltet ein neues lebendiges Stadtbild mit. Andererseits ist der internationale Tourismusmarkt von traditionellen Beherbergungsformen gesättigt, das Reiseverhalten vieler Menschen verändert sich zunehmend, und Aufenthalte jenseits touristischer Pfade gewinnen an Bedeutung. „Highly individualised people (H.I.P.)" suchen nach Reiseerfahrungen, die alltagsnahe Einblicke in das Leben vor Ort ermöglichen. Leer stehende Geschäftslokale werden daher zu Hotelsuiten umgebaut, wobei jedes Zimmer ebenso unmittelbar am Stadtleben teilnimmt, wie es ein wohnlicher und geschützter Rückzugsort für den Gast ist. Die benachbarte Infrastruktur sowie Nahversorger oder Gastronomie werden entsprechend eingebunden, was dem Gast einen Aufenthalt ermöglicht, der von individuell wie in einer Privatwohnung bis zu umsorgt wie in einem Hotel alles abdeckt.

Atmosphäre erlebbar gemacht. Katrin und Dirk Liesenfeld-Jordan berichteten via Video-Zuspielung von ihrem alten Kärntner Gasthof, den sie als heruntergewirtschaftet und schon länger leer stehend erworben und nach dem Konzept „bewahren, was gut ist, erneuern, wo es notwendig ist" soweit nötig renoviert haben. Dem Ausblick über die Nockberge entsprechend, wurde die Atmosphäre als Ort der Ruhe und Inspiration in den Fokus gestellt und mit Kunst verknüpft. So kann der Gast auf der rund 70 000 m² großen Alm mit Skulpturenpark und wunderbarem Panoramablick die Seele baumeln lassen oder die überall im Haus verteilten Kunstwerke entdecken. Die entstandene „art lodge – Avantgarde-Alm" ist somit eine Kombination aus Natur, Avantgardekunst sowie einem individuellen Hotelkonzept und stellte im österreichischen Urlaubstourismus jenseits der bekannten Städte zunächst eine Alleinstellung dar – mittlerweile hat das Konzept schon viele Nachahmer gefunden. 2016 wurde das Konzept „art-lodge / LOKAL" als eines der Leuchtturmprojekte für die Innovationsmillion des Bundes ausgewählt.

Regionale Besonderheiten genutzt. Veronika Nutz präsentierte dem interessierten Publikum ihren Bahnhof Wienerbruck, den sie erworben und sukzessive renoviert hat. Der Überzeugung „Ein Bahnhof ist ein Ort der Begegnung, liegt im Zentrum und verbindet Orte" folgend, wird nun „Urlaub im BAHNhof" geboten. Die beiden geschaffenen Ferienwohnungen in dem liebevoll und umsichtig renovierten historischen Gebäude – perfekt direkt am Stausee und am Eingang zum Naturpark Ötscher Tormäuer bzw. direkt an der schmalspurigen Mariazellerbahn gelegen – verbinden Urlaub mit Genuss und Liebe zur Region bzw. die Schönheit der Landschaft mit regionalen Gaumenfreuden und ein vielfältiges Kulturangebot. So herrscht seit April 2015 wieder reges Treiben in und um den Bahnhof Wienerbruck (bei Annaberg).

Leerstand positiv besetzt. Auch der sogenannte sanfte Tourismus wurde im Rahmen der fünften Leerstandskonferenz intensiv diskutiert. Lässt er sich ökonomisch betreiben? Funktioniert er, wenn etwa die einstige „Cash-Cow" Wintersport wegen Schneemangels keine TouristInnen mehr anlockt? Viele Referenten berichteten von sehr individuellen Ideen und Best-Practice-Beispielen. Das Bewerben der vorhandenen Stärken ist beispielsweise das Credo der in Italien aktiven Vermittlungsplattform amavido (Dominik Calzone), die Gäste in ehemals leer stehenden Häusern unter- und mit Einheimischen zusammenbringt. Im, von Georg Gasteiger restaurierten, Kulturgut Mesnerhof, dem ältesten Bauernhof in Steinberg am Rofan (Tirol) kann man sich unter Kreativen und amerikanischen Elite-Studenten eine Auszeit gönnen. Daniel Fuhrhop, Autor des Buchs „Verbietet das Bauen!", schlug wiederum vor, die Vorzüge des Leerstands positiv zu kommunizieren: „Kommen Sie zu uns, wir haben viel Platz!"

So hat die Leerstandskonferenz 2016 aus dem Blickwinkel des Tourismus vielerlei neue Wege zur Leerstandsbekämpfung und damit auch zur Nutzung von Verdichtungspotentialen aufgezeigt.

Manuel Rauscher / Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Bodenordnung

Beitrag zur geordneten und bodensparenden Landesentwicklung:

Baulandumlegungs-verfahren in Tirol.

Die Baulandumlegung ist seit dem Jahr 1972 – also seit Beginn der Raumordnung in Tirol – im Tiroler Raumordnungsgesetz verankert und wird seitdem stetig weiterentwickelt. Sie dient als wichtiges Planungsinstrument zur aktiven Umsetzung der Vorgaben und Ziele der örtlichen Raumordnung.

Foto: www.shutterstock.com

Zentrales Ziel ist die Neuordnung von Grundstücken samt Schaffung einer zweckmäßigen Erschließung in einem bestimmten Gebiet, das später jederzeit einer geeigneten und bodensparenden Bebauung zugeführt werden kann. In diesem Zuge werden bestehende, nicht mehr benötigte Rechte und Dienstbarkeiten angepasst oder gänzlich gelöscht. Das Umlegungsergebnis wird seitens der Behörde amtswegig, sowohl rechtlich im Grundbuch, als auch technisch im Vermessungsamt eingebracht, die jeweiligen Eintragungen veranlasst und somit Rechtssicherheit gewährleistet.

Klare Grundsätze. Durch die Einhaltung verschiedenster Grundsätze wird sichergestellt, dass auch alle von der Baulandumlegung betroffenen Flächen eine Aufwertung erfahren und keine Nachteile für einzelne GrundeigentümerInnen entstehen. So müssen beispielsweise die für die Erschließung benötigten Wegflächen anteilig zur eingebrachten Fläche zwar entschädigungslos abgetreten werden, im Gegenzug muss auch jede neue Abfindung (jedes neu geformte Grundstück) einen Anschluss an dieses Wegenetz, das ins öffentliche Gut der Gemeinde übergehen muss, erhalten. Ergeben sich aufgrund bestehender Bebauungen, vorhandener Dienstbarkeiten und Erschließungen oder der Umformung keine oder geringere Vorteile, sind gewisse Grundstücke bzw. Grundstücksteile von der Wegabtretung zu befreien. Auch andere Maßnahmen, wie zum Beispiel die Auflösung von Miteigentum, die gänzliche Ablöse unbebaubarer Flächen oder das Entfernen von nicht mehr benötigtem Zugehör – etwa Zäune, Sträucher oder Holzstadel – können im Zuge der Umlegung verfügt werden. Allfällige Kosten werden wiederum prozentuell unter allen Beteiligten aufgeteilt.

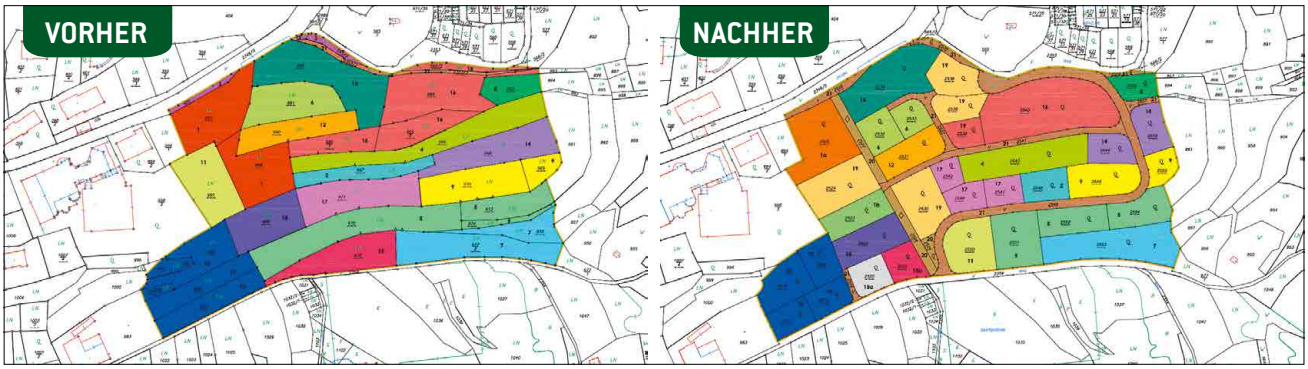
Die langjährigen Erfahrungen zeigen, dass umso leichter und effektiver auf die Wünsche der einzelnen GrundeigentümerInnen eingegangen werden kann, je früher ein bestimmtes Gebiet einer Baulandumlegung zugeführt wird. Gleichzeitig können die Vorgaben des Raumordnungskonzepts besser umgesetzt werden. Egal ob bestehende Weganlage, Einfriedung, Gebäude oder sonstige bauliche Anlagen – all das führt zu gewissen Zwangspunkten, die für die Erstellung der Neueinteilung nicht gerade förderlich sind. Verständlicherweise gestalten sich in der Folge die Verhandlungen mit den GrundbesitzerInnen auch schwieriger.

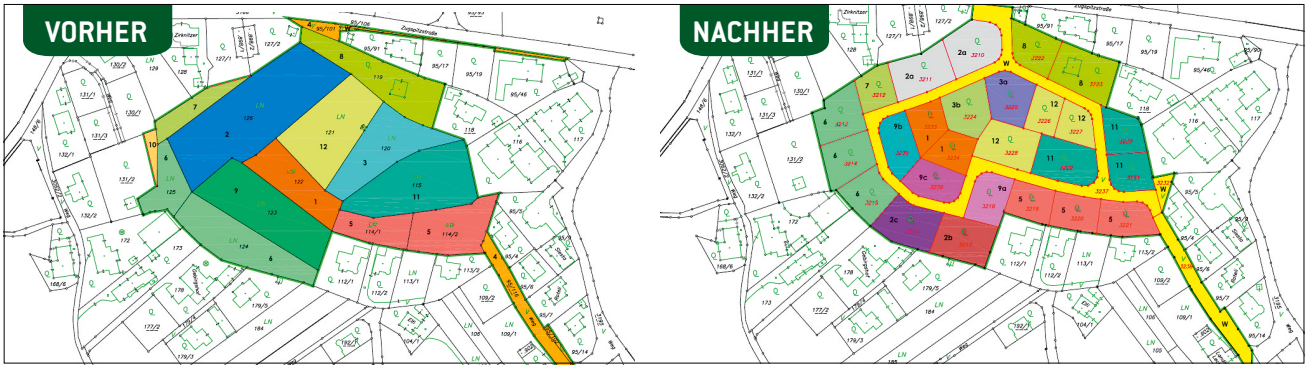
Foto: www.shutterstock.com

Seit August 2016 ist das Instrument der Baulandumlegung auch im NÖ Raumordnungsgesetz verankert.

Vielerlei Möglichkeiten. In Tirol ist die Baulandumlegung sehr vielseitig: Neben reinen bescheidmäßigen Behördenverfahren besteht die Möglichkeit eines Übereinkommens, bei dem sich alle Beteiligten mit dem Ergebnis der Umlegung einverstanden erklären. Auch privatrechtliche Verträge können im Rahmen von Umlegungsverfahren umgesetzt werden. Da die sparsame und zweckmäßige Nutzung des Bodens ein vordringliches Ziel der Tiroler Raumordnung und somit im öffentlichen Interesse gelegen ist, wird die gesamte Abwicklung der Baulandumlegung als Dienstleistung der Landesregierung angeboten. Dies bringt eine steuerliche Begünstigung, und die Kosten für Plan- sowie Vertragserstellung entfallen, sofern dies von der Behörde ausgearbeitet wird. Die Betreuung reicht hier vom Antrag bis zum Abschluss des Verfahrens – somit ist garantiert, dass das Ergebnis auch tatsächlich richtig umgesetzt wird und entstandene Kosten auf die EigentümerInnen aufgeteilt werden. Weiters wird hier oftmals die gewisse Distanz der Umlegungsbehörde zu den Gemeinden bzw. GrundbesitzerInnen und somit die Objektivität sehr geschätzt.

Das Instrument der Baulandumlegung hat sich in Tirol sehr bewährt. Es bietet eine gute Möglichkeit, die Interessen der Raumordnung, der Gemeinden und nicht zuletzt der GrundeigentümerInnen vernünftig und für alle nachvollziehbar umzusetzen und trägt somit wesentlich zur geordneten und bodensparenden Entwicklung des Landes bei.





Abbildungen: Amt der Tiroler Landesregierung, Abt. Bodenordnung

Reinhard Falch / PROALP-Consult ZT-GmbH[1]

Foto: www.shutterstock.com

Baulandumlegung in Tirol:

Erfahrungen eines örtlichen Raumplaners.

Die Baulandumlegung hat sich als wichtiges Instrument zur Umsetzung der Ziele der örtlichen Raumordnung etabliert – besonders im Hinblick auf eine verkehrsmäßig zweckmäßige Erschließung und eine bodensparende Bebauung in Gebieten, die für die Siedlungsentwicklung vorgesehen sind.

Vor allem im Tiroler Oberland sind durch die Realteilung in der Vergangenheit Grundstücke entstanden, die wegen ihrer Ausformung und der zum Teil mangelnden Erschließung einer geordneten und bodensparenden Bebauung nicht zugänglich sind. Solche Flächen reichen zum Teil bis in die Ortszentren hinein, zum Teil sind es auch Flächen, die für eine Siedlungserweiterung vorgesehen sind.

Klare Voraussetzungen – erkennbare Vorteile. Eine Voraussetzung für die Durchführung einer Baulandumlegung ist jedenfalls, dass sich die Grundstücke innerhalb der im Örtlichen Raumordnungskonzept ausgewiesenen Siedlungsgrenzen befinden. In den Örtlichen Raumordnungskonzepten wurde daher auch vielfach festgelegt, dass eine bauliche Nutzung solcher Bereiche nur unter der Voraussetzung der Sicherstellung einer zweckmäßigen Erschließung und bodensparenden Bebauung zulässig ist. Diese Sicherstellung kann – aufbauend auf einem raumplanungsfachlich entsprechenden Konzept – sowohl durch einen privaten Grundtausch und die Abtretung von Verkehrsflächen in das öffentliche Gut „Wege“, aber auch in Form einer Baulandumlegung erfolgen. Dabei bietet die Baulandumlegung für die GrundeigentümerInnen große Vorteile, denn die GrundeigentümerInnen ersparen sich dabei die Kosten für die Neueinteilung einschließlich der Neuvermessung der Grundstücke, die Vertragserrichtungskosten, die Grunderwerbssteuer für die umzulegenden Grundstücksteile und die Kosten für die Grundbuchseintragung – Kosten, die alle bei einer privat durchgeführten Neuregelung der Grundstücke anfallen würden.

Planerischer Vorlauf – kürzere Verfahren. Grundsätzlich kann gemäß Tiroler Raumordnungsgesetz die Durchführung eines Umlegungsverfahrens von der Gemeinde oder von mindestens der Hälfte der EigentümerInnen der umzulegenden Grundstücke (bei Grundstücksteilen müssen mindestens 50 % der umzulegenden Grundfläche auf diese Teile entfallen) beantragt werden. In der Praxis hat sich aber gezeigt, dass der weit überwiegende Anteil der Baulandumlegungen in unserem Arbeitsbereich in Form von einvernehmlichen Umlegungsübereinkommen durchgeführt wurde. Diese Vorgangsweise erfordert zwar einen gewissen planerischen Vorlauf, langwierige Verfahren auf Grund der Berufungsmöglichkeiten unzufriedener GrundeigentümerInnen – beginnend bei der Grenzfeststellung bis hin zum Umlegungsbescheid – werden dadurch allerdings vermieden.

Gemäß Tiroler Raumordnungsgesetz können im Umlegungsverfahren auch Grundflächen, die als Sonderflächen oder Vorbehaltsflächen gewidmet sind und vorwiegend den Interessen der EigentümerInnen der umzulegenden Grundstücke dienen – etwa Parkanlagen, Spielplätze und dergleichen – im Ausmaß von höchstens 10 % des Umlegungsgebiets zugunsten der Gemeinde anteilig aufgebracht werden, wobei die GrundeigentümerInnen gegenüber der Gemeinde Anspruch auf Vergütung haben. Die dafür aufgebrachten Grundflächen sind

1) www.proalp.at

Foto: www.shutterstock.com

dabei als nicht bebaubar zu bewerten. Von dieser Möglichkeit konnte bisher kaum Gebrauch gemacht werden. Sie wäre aber künftig im Hinblick auf die Gestaltung von Ortsräumen wohl verstärkt ins Auge zu fassen.

Umfassende Vorarbeiten – rasche Abwicklung.
Bevor GrundeigentümerInnen ein Baulandumlegungsverfahren beantragen, möchten sie meist im Voraus wissen, wie die Neuordnung der Grundstücke aussehen könnte. Daher wird in der Regel bei vorhandenem Interesse von betroffenen GrundeigentümerInnenn oder auf Eigeninitiative der Gemeinde der/die örtliche RaumplanerIn (OrtsplanerIn) beauftragt, einen Vorentwurf für die Erschließung und Neueinteilung von Grundstücken für einen abgegrenzten Bereich zu erstellen – zum Teil mit einem Bebauungskonzept. Darauf aufbauend, informiert er/sie die GrundeigentümerInnen über die Möglichkeiten und Abläufe einer Baulandumlegung. Nach der Entscheidung für die Weiterbearbeitung wird nach ein- bis mehrmaliger Überarbeitung ein Baulandumlegungskonzept erstellt und einer Zustimmungserklärung seitens der GrundeigentümerInnen zugrunde gelegt, in der auch die Kostenübernahme für die erforderliche Bestandsvermessung sowie die Vorleistung bei der Erstellung des Baulandumlegungsentwurfs geregelt sind. Erst dann wird von den GrundeigentümerInnen unter Zugrundelegung des – auf Basis der Bestandsvermessung erstellten – digitalen Baulandumlegungsentwurfs der Antrag auf Durchführung des Baulandumlegungsverfahrens an die Abteilung Bodenordnung beim Amt der Tiroler Landesregierung gestellt. Aufgrund dieser Vorarbeiten

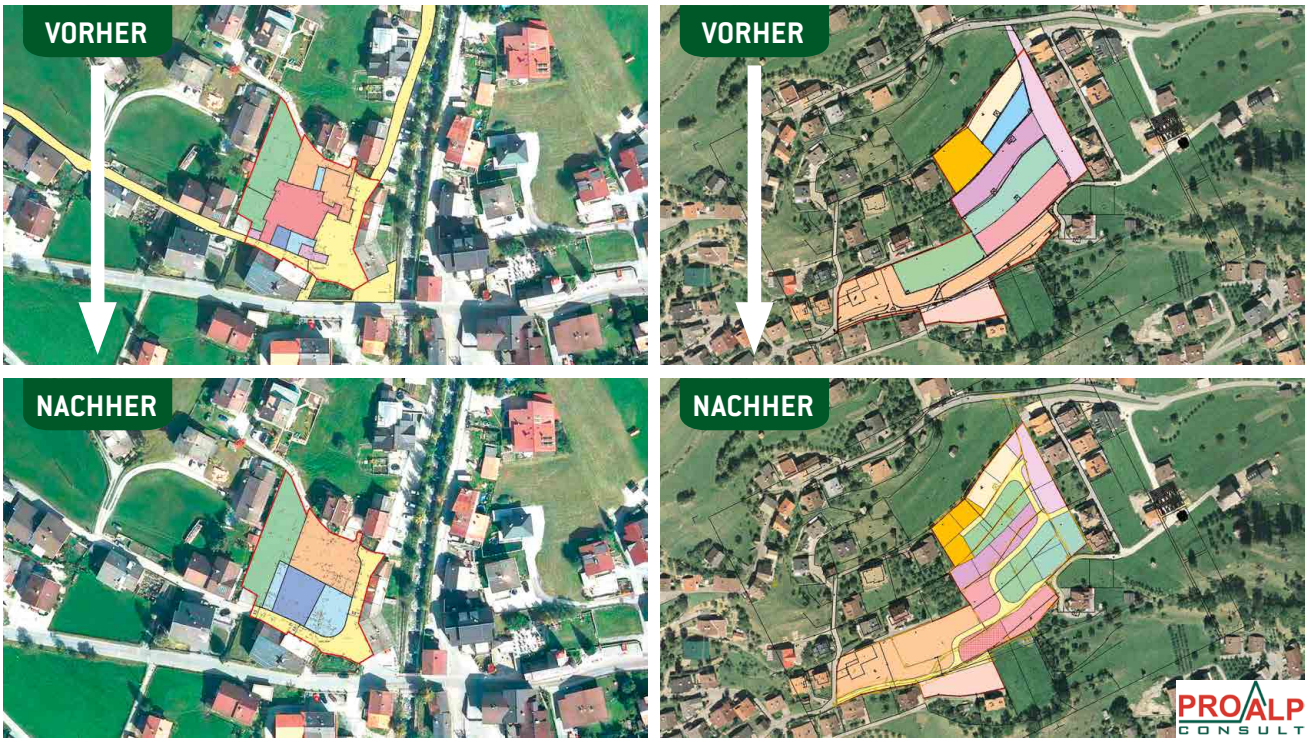
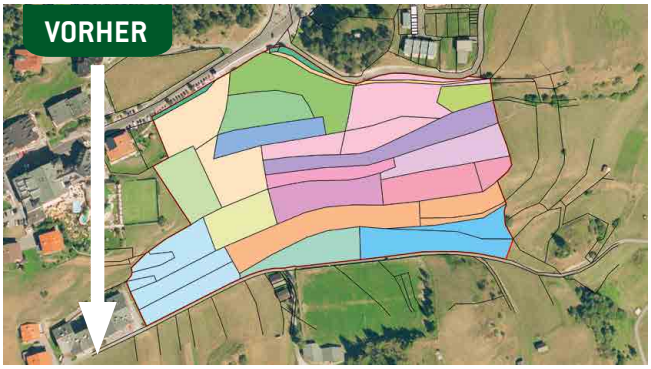


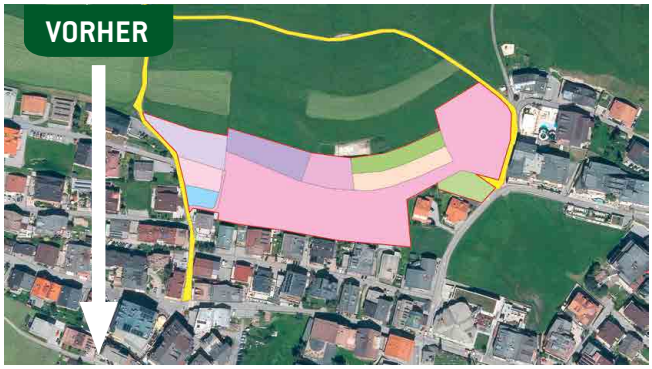
Foto: www.shutterstock.com

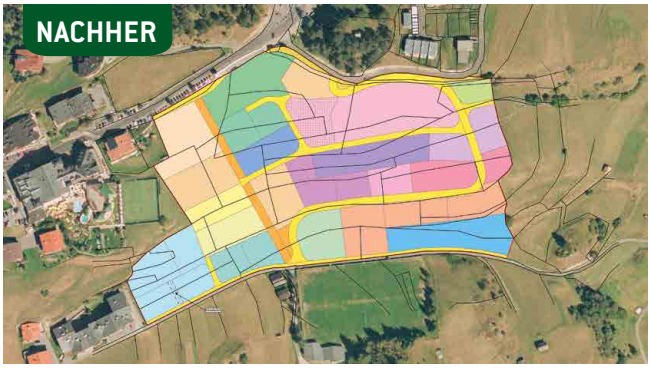
kann der Neueinteilungsplan seitens der Abteilung Bodenordnung sowie das Umlegungsübereinkommen vergleichsweise rasch erstellt bzw. der Umlegungsbescheid in der vorgesehenen mündlichen Verhandlung vor Ort nach erfolgter Unterzeichnung des Umlegungsübereinkommens durch die GrundeigentümerInnen erteilt werden.

Offene Gesprächsbasis – gerechte Verteilung.

Nach anfänglicher Skepsis seitens der GrundeigentümerInnen – vor allem hinsichtlich der unentgeltlichen Abtretung der erforderlichen Verkehrsflächen in der erforderlichen Straßenbreite in das öffentliche Gut „Wege" – vermitteln letztlich der Grundsatz der Abtretung von Grundflächen für die Erschließung anteilig zur eingebrachten Grundfläche sowie die offene Gesprächsbasis im Hinblick auf die bestmögliche Einbindung der Vorstellungen der GrundeigentümerInnen in die neue Grundstücksausformung das Gefühl, gerecht behandelt zu werden. Nach Durchführung der Baulandumlegungen sind sich jedenfalls die GrundeigentümerInnen meist sehr wohl bewusst, welche Wertsteigerung durch das Instrument der Baulandumlegung erzielt werden konnte – und das bei vergleichsweise geringen Kosten aufgrund der Übernahme von Leistungen durch das Land. Für die Gemeinden besteht der Erfolg darin, durch die Baulandumlegung eine geordnete Siedlungsentwicklung mit Ermöglichung einer zweckmäßigen Erschließung und bodensparenden Bebauung erzielt zu haben.







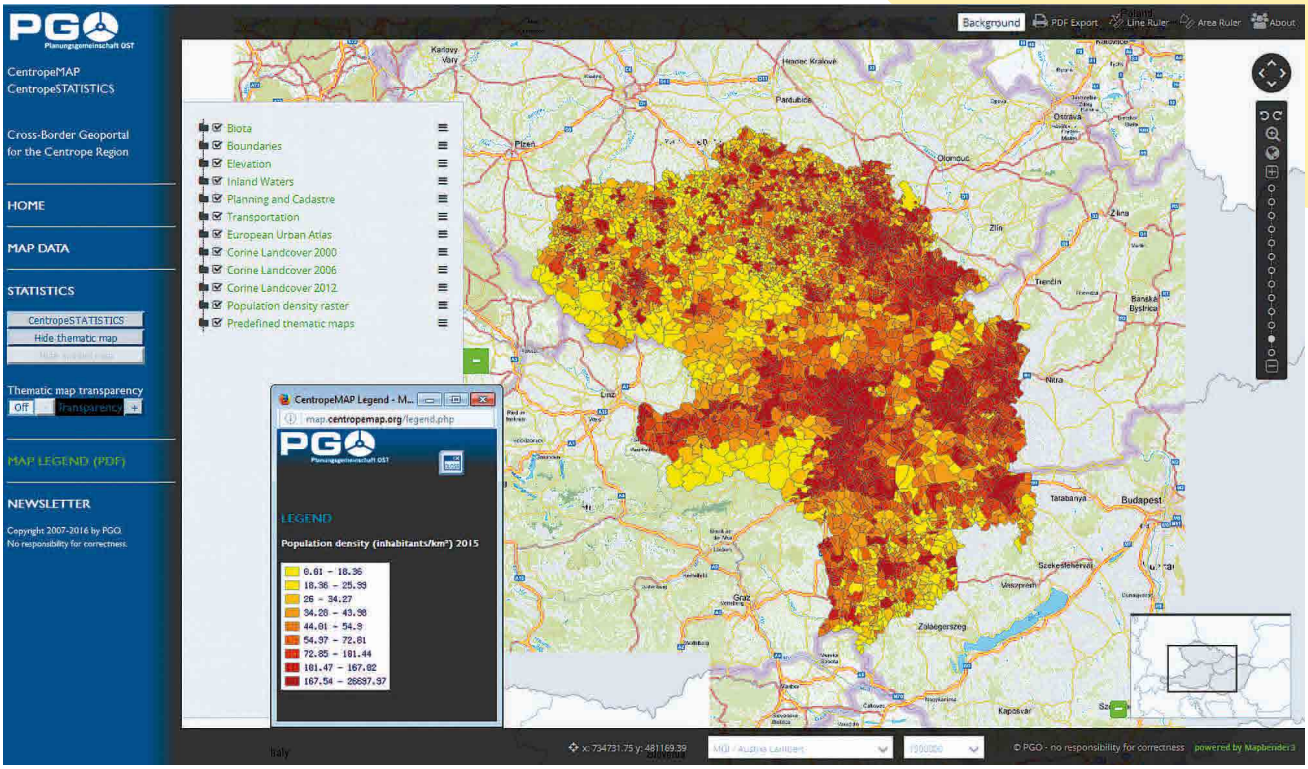
RAUM
DIALOG
Winter '16
Seiten
20 / 21

Clemens Beyer, Manfred Schrenk / CORP – COnsulting, Research, Projects[1]

CentropeMAP 2.0:

Grenzüberschreitende Datenbank – harmonisierte Gemeindedaten.

CentropeMAP / CentropeSTATISTICS (www.centropemap.org) ist ein länderübergreifendes Informationssystem der Planungsgemeinschaft Ost, das in Zusammenarbeit mit den Statistik- und GIS-Stellen der Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien sowie mit Partnern der Centrope-Region durch Vernetzung mehrerer Datenserver entstanden ist und laufend ergänzt bzw. verbessert wird.



Neben der Möglichkeit, digitale Karten und Satellitenfotos online mit verschiedenen Informationen zu kombinieren, werden Statistiken und thematische Karten in einem über das Internet frei zugänglichen Geoportal zur Verfügung gestellt.

Bessere Performance – bessere Information. CentropeMAP / CentropeSTATISTICS besteht seit 2005 und wird ständig auf Initiative der Planungsgemeinschaft Ost (www.planungsgemeinschaft-ost.at) weiterentwickelt und fortgeführt, wobei sich in der zehnjährigen Projektlaufzeit eine ausgezeichnete Kommunikations- und Austauschbasis der Partner – auch aufgrund der regelmäßigen nationalen und internationalen Workshops – etabliert hat. Im vergangenen Jahr wurde CentropeMAP / STATISTICS einem technischen und optischen Relaunch aller Komponenten unterzogen, wodurch die Performance der verfügbaren Dienste wesentlich verbessert werden konnte.

Bedarfsorientierte Statistik – aussagekräftige Karten. Man kann statistische Daten für die Centrope-Region auf vielfältige Weise erhalten, beispielsweise von den frei zugänglichen

1) www.corp.at

Datenbanken der nationalen statistischen Ämter oder über die Suchmaschine des Statistischen Amts der Europäischen Union (Eurostat). Jedoch sind die meisten dieser Datensätze nur auf Bezirksebene oder nach den europäischen Gebietseinheiten NUTS 3 bzw. NUTS 2[2] erhältlich, was sie für eine Grenzregion, in der kleinräumige Details wichtig sind, wenig brauchbar macht.

In CentropeSTATISTICS sind nahezu alle Tabellen auf Gemeindeebene verfügbar (es gibt über 3 500 Gemeinden in der Centrope-Region!), was ein absolutes Alleinstellungsmerkmal dieser Daten zu erzeugen, um Zeitreihendaten für einzelne Gemeinden darstellen oder gemeindeweise Vergleiche durchführen zu können.

Zwei Mal jährlich wird der CentropeMAP-Newsletter publiziert, um MitarbeiterInnen von Verwaltungseinheiten und StatistikerInnen über Neuerungen und Änderungen in CentropeMAP bzw. CentropeSTATISTICS zu informieren. Der Newsletter enthält auch Artikel mit statistischer Information, die aus der grenzüberschreitenden Datenbank generiert wurde. Dies ist einerseits als Information über die Region gedacht, andererseits aber auch als

Datenbank darstellt und das Erfassen grenzüberschreitender Sachverhalte oder kleinräumige Analysen zum sprichwörtlichen Kinderspiel macht. Mit wenigen Mausklicks lassen sich die Daten dieser Tabellen in aussagekräftige thematische Karten umwandeln, die direkt im Geoportal CentropeMAP angezeigt werden. Die statistischen Daten umfassen Bevölkerungszahlen, Bevölkerungsindikatoren, Bevölkerungsprognose, Migration, Bildungsstand, Wirtschaft/Arbeitsmarkt, Gebäude und Landnutzung.

Kombinierbare Daten – individuelle Berechnungen.

Die meisten Daten stehen in jährlichen Zeitreihen zur Verfügung, wodurch auch die kurzfristige Entwicklung der Region leicht nachvollziehbar ist. Zur Visualisierung können nicht nur die vorgegebenen Tabellen benutzt werden. CentropeSTATISTICS erlaubt auch das Kombinieren von Daten aus verschiedenen Tabellen und das Durchführen eigener Berechnungen direkt auf der Oberfläche der grenzüberschreitenden Statistikdatenbank, sodass auch selbst erstellte Indikatoren als Farbflächenkarte angezeigt werden können.

Darüber hinaus verfügt CentropeSTATISTICS auch über vielfältige Möglichkeiten, unterschiedliche Arten von Diagrammen (Balken-, Säulen-, Linien-, Tortendiagramme) aus den statistischen Beispiel und Ansporn, eigene Berechnungen mit den Werkzeugen von CentropeSTATISTICS durchzuführen.

Mehrsprachige Website – Barrierefreier Zugang.

Alle Komponenten des Geoportals CentropeMAP wurden mit Open-Source-Software auf einem Linux-Server realisiert. Die Website www.centropemap.org läuft auf dem Content Management System TYPO3, wodurch die Erstellung einer mehrsprachigen und barrierefreien Website nach den Standards der Web Accessibility Initiative des W3C möglich wurde. Das Geoportal wird mit dem Geodatenviewer Mapbender3 betrieben. Die Web Map Services werden im Hintergrund durch UMN Mapserver und Geoserver aufbereitet. CentropeSTATISTICS ist größtenteils eine Eigenentwicklung in PHP und Javascript und konnte hierdurch den Bedürfnissen dieser einzigartigen grenzüberschreitenden Anwendung optimal angepasst werden.

Um die Datenbank auf aktuellem Stand zu halten und stetig zu erweitern, finden jährliche Treffen mit Delegationen der Statistikämter aus Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Wien, Burgenland und Niederösterreich statt. Auch im Geodatenbereich werden regelmäßig Workshops veranstaltet, um bezüglich neuer Entwicklungen und des aktuellen Implementationsstands der INSPIRE-Richtlinie (Infrastructure for Spatial Information in the European Community) auf dem Laufenden zu bleiben.

2) NUTS (französisch: Nomenclature des unités territoriales statistiques) bezeichnet eine hierarchische Systematik zur eindeutigen Identifizierung und Klassifizierung der räumlichen Bezugseinheiten der amtlichen Statistik in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – NUTS 2 in Österreich: 9 Bundesländer, NUTS 3 in Österreich: 35 Gruppen von Bezirken.

RAUM
DIALOG
Winter '16
Seiten
22 / 23

English Summary

Foto: www.shutterstock.com

Towns and their surrounding areas: Shared challenges – shared solutions. In order to tackle problems adequately in their respective contexts, the Lower Austrian government is always striving to achieve a more precise spatial differentiation in its spatial planning policies. But it is becoming increasingly difficult to distinguish between "towns" and "surrounding areas" as separate categories. To make sure that neither of the two "spaces" is disadvantaged, well harmonised and task-oriented development strategies are needed.

Interaction between towns and their surrounding areas: **Why Austria needs an urban region policy.** Numerous Austrian towns are faced with the same challenge: They are growing rapidly and their surrounding areas are growing with them. Based on the 2011 Lower Austrian spatial planning concept (ÖREK), and in the context of the ÖREK partnership programme "Cooperation platform for urban regions", the newly developed recommendation no. 55 entitled "For an Urban Region Policy in Austria" will be submitted to the Austrian Spatial Planning Conference in early 2017 for political approval.

Visiting the province of Vorarlberg: **Urban Regions Day in Bregenz.** The fourth edition of the Urban Regions Day was held in Bregenz under the motto "Urban Regions – a success story. Shaping a better living environment together." Vorarlberg has always set a good example for cooperation in agglomeration areas, with projects such as "Vision for the Rheintal Valley" and "Vorderland-Feldkirch Region".

SUM Excursion 2016: Urban regions Zurich and Rheintal Valley in Vorarlberg. Similar needs bring together the agglomeration area of Zurich, Rheintal Valley in Vorarlberg and the urban region Vienna / Lower Austria, while different approaches distinguish the regions. Stadt-Umland-Management Wien / NÖ (SUM / Towns & surrounding areas management of Vienna / Lower Austria) organised an excursion to the key projects Glattalbahn in the agglomeration area of Zurich, Urban Regions Day in Bregenz and Rheintal Valley from Feldkirch to Lauterach.

Regional concept planning in Mödling: Focusing on the future. The roadmap for regional planning in the district of Mödling was presented in autumn 2016. The various challenges affecting this region could not be directly translated into a regional action plan. However, the working processes with a regional scope are making it possible to find new possibilities and communicate about common goals.

"Vacancies! Regions torn between tourism and abandoned properties": The conference on abandoned properties held in St. Corona in the Wechsel region. Abandoned properties often symbolise the terminal stage in the lifecycle of a (tourism) facility or even an entire village / town. The fifth conference on abandoned properties addressed the relationship between tourism and communal development.

Contributing to a well organised and land-saving provincial development: **Processes of land-use change in Tirol.** Ever since 1972, the land-use change has been an integral part of the Tirol Spatial Planning Act, and the instrument is constantly being developed further. The main goal is to reorganise properties and facilitate developments in a certain area, so that the area can later be easily adapted for appropriate and land-saving developments.

Land-use change in Tirol: **Experiences of a local spatial planning expert.** The land-use change process has become an important tool in the implementation of the goals set by local spatial planning units – particularly with regard to appropriate development of traffic systems and a land-saving building policy. In particular in the north-western part of Tirol, the division of inherited land has in the past allowed measures that cannot be integrated into organised and land-saving developments.

CentropeMAP 2.0: Cross-border databank – harmonising data from municipalities. The cross-border information system CentropeMAP / CentropeSTATISTICS of the Regional Planning Group East provides data to municipalities in the form of graphic representations. With a few clicks of the mouse, the data can easily be turned into informative thematic maps.

Der eilige Leser

Stadt und Umland: Raum gemeinsamer Herausforderungen – Raum gemeinsamer Lösungen. Um auf verschiedene Problemlagen situationsbezogen reagieren zu können, arbeitet Niederösterreich stetig an einer stärkeren räumlichen Ausdifferenzierung des Raumordnungsinstrumentariums. Dabei sind „Stadt" und „Umland" als eigene Raumkategorien immer weniger voneinander unterscheidbar. Damit keine Nachteile für die beiden „Räume" entstehen, sind aufeinander abgestimmte und zielgerichtete Entwicklungsstrategien notwendig.

Wechselwirkung zwischen Stadt und Umland: **Warum Österreich eine Stadtregionspolitik gut tut.** Zahlreiche österreichische Städte haben eine gemeinsame Herausforderung: Sie wachsen stark, und das Umland wächst mit. Aufbauend auf das Österreichische Raumentwicklungskonzept 2011 soll im Rahmen der ÖREK-Partnerschaft „Kooperationsplattform Stadtregion" Anfang 2017 eine neue Empfehlung Nr. 55 „Für eine Stadtregionspolitik in Österreich" der Österreichischen Raumordnungskonferenz auf politischer Ebene zur Beschlussfassung gelangen.

Zu Gast im „Ländle": **Stadtregionstag in Bregenz.** Der vierte Stadtregionstag führte die TeilnehmerInnen unter dem Motto „Erfolgsmodell Stadtregion – den Lebensraum gemeinsam gestalten!" nach Bregenz und mit Vorarlberg in ein Bundesland, das mit Kooperationen wie „Vision Rheintal" und der „Region Vorderland-Feldkirch" immer wieder als gutes Beispiel für Kooperation in Agglomerationsräumen genannt wird.

SUM-Exkursion 2016: Stadtregionen Zürich und **Vorarlberger Rheintal.** Ähnliche Notwendigkeiten verbinden den Großraum Zürich, das Rheintal in Vorarlberg und die Stadtregion Wien/Niederösterreich – verschiedene Lösungsansätze unterscheiden die Regionen. Das Stadt-Umland-Management (SUM) Wien/NÖ organisierte dazu eine Exkursion mit den Schwerpunkten Glattalbahn als Schlüsselprojekt der Agglomeration Zürich, Stadtregionstag in Bregenz und Vorarlberger Rheintal von Feldkirch bis Lauterach.

Regionale Leitplanung Mödling: Schärfen des **Blicks in die Zukunft.** Seit Herbst 2016 liegt der Regionale Leitplan für den Bezirk Mödling vor. Die vielfältigen Herausforderungen dieser Planungsregion ließen sich nicht direkt in ein regionales Handlungsrezept übersetzen. Der Arbeitsprozess mit regionaler Perspektive erlaubte jedoch ein Erkennen neuer Möglichkeiten und eine Verständigung über gemeinsame Ziele.

„Zimmer frei! Regionen zwischen Tourismus und Leerstand" – Leerstandskonferenz in St. Corona am Wechsel. Leerstand ist oft das Ende des (Tourismus)-Lebenszyklus eines Betriebes oder sogar eines ganzen Ortes. Die fünfte Leerstandskonferenz machte die Beziehung zwischen Tourismus und kommunaler Entwicklung zum Thema.

Beitrag zur geordneten und bodensparenden Landesentwicklung: Baulandumlegungsverfahren in Tirol. Die Baulandumlegung ist seit dem Jahr 1972 im Tiroler Raumordnungsgesetz verankert und wird stetig weiterentwickelt. Zentrales Ziel ist die Neuordnung von Grundstücken samt Schaffung einer zweckmäßigen Erschließung in einem bestimmten Gebiet, das später jederzeit einer geeigneten und bodensparenden Bebauung zugeführt werden kann.

Baulandumlegung in Tirol: **Erfahrungen eines örtlichen Raumplaners.** Die Baulandumlegung hat sich als wichtiges Instrument zur Umsetzung der Ziele der örtlichen Raumordnung etabliert – besonders im Hinblick auf eine verkehrsmäßig zweckmäßige Erschließung und eine bodensparende Bebauung. Vor allem im Tiroler Oberland sind durch die Realteilung in der Vergangenheit Grundstücke entstanden, die einer geordneten und bodensparenden Bebauung nicht zugänglich sind.

CentropeMAP 2.0: Grenzüberschreitende Daten**bank – harmonisierte Gemeindedaten.** Das länderübergreifende Informationssystem CentropeMAP/CentropeSTATISTICS der Planungsgemeinschaft Ost stellt die vorhandenen Daten als Tabellen auf Gemeindeebene bereit, die sich mit wenigen Mausklicks in aussagekräftige thematische Karten umwandeln lassen.

P.b.b.
Zulassungsnummer 07Z037287M
Amt der NÖ Landesregierung
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten